

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 9-10

Artikel: Zur Geschichte der Programme der SPS
Autor: Oprecht, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Geschichte der Programme der SPS

Der Parteitag in Winterthur von Ende Juni dieses Jahres bot die erwünschte Gelegenheit, im Zusammenhang mit der Beratung des *Entwurfes der Parteileitung zu einem neuen Parteiprogramm*, die Geschichte früherer Revisionen zu Rate zu ziehen. Persönlich lag mir, als Referent des Parteitages, dieses Vorhaben, in der Parteigeschichte Rückschau zu halten, deswegen besonders am Herzen: weil ich seit dem Beginn meiner politischen Tätigkeit dreimal eine Neuordnung der Programmatik der Partei erlebt und dabei in irgendeiner Form mitgewirkt habe.

In den Jahren 1919/20 erstmals: Ich gehörte in meiner sozialistischen Jugend zur Opposition, die gegen die Politik der damaligen Parteileitung ankämpfte. 1919 in Basel beschloß der Parteitag den Beitritt zur 3. Internationale. Ich war einer von denen, die dagegen die Urabstimmung lanciert haben. Zum Glück für die SPS mit Erfolg: Die Mehrheit der Parteimitgliedschaft wollte schon damals von «Moskau» nichts wissen. Der Basler Beschuß wurde mit großer Mehrheit aufgehoben. Ich habe in jener Zeit auch in der Gewerkschaft, der ich beruflich angehörte, gegen die Zugehörigkeit zur 3. Internationale den Kampf geführt. Ich erinnere mich noch sehr gut an jene Versammlung der Sektion Zürich des «Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes» (später VPOD) im Volkshaus. Als Minderheitsreferent sprach ich gegen Paul Rüegg, der später als Kommunist in China verschollen ist, der die Mehrheit der Versammlung denn auch zugunsten des Beitritts in die 3. Internationale hinter sich brachte.

Meine Tätigkeit in der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Präsident der Gruppe Beamte, später als solcher der Gruppe Straßenbahner der Sektion Zürich und schließlich als ehrenamtlicher Zentralpräsident des VPOD brachte mich syndikalistischen Ideen nahe, die ich in Frankreich bei den dortigen Beamten- und Lehrergewerkschaften zu studieren Gelegenheit hatte. Schon damals focht ich in der Verbandszeitung des «Gemeinde- und Staatsarbeiters» für das Mitspracherecht in den Betrieben und zu dessen Vorbereitung für eine intensive Bildungsarbeit und für die kulturelle Tätigkeit der Gewerkschaften.

Meine politische Haltung in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war immer eindeutig sozialistisch. Ich half zusammen mit Max Weber, Max Gerwig, Max Gerber, Adolf Lüchinger, Karl Straub und anderen den «Aufbau» als sozialistische Wochenzeitung gründen.

Den in der Partei herrschenden «dogmatischen Marxismus» habe ich seit meiner Studienzeit abgelehnt.

In einem Artikel im «Jungburschen» habe ich, noch während des Krieges 1914–1918, Willi Münzenberg, dem Redaktor, deswegen viel Kopfschmerzen verursacht, weil er kein Theoretiker, aber ein eminent praktischer Politiker war.

Der Heidelberger Nationalökonom Professor Dr. Lederer, in der SPD ein führender sozialistischer Theoretiker, hat anfangs der zwanziger Jahre an einem schweizerischen Bildungskurs der Gewerkschaften und der Partei uns jungen Sozialisten während einer Woche beigebracht, daß der Sozialismus nichts ist, was von selber aus der gesellschaftlichen Entwicklung wird, daß er vielmehr geschaffen und erkämpft werden müsse. Meine gesamte spätere Tätigkeit als hauptamtlicher Funktionär der Gewerkschaftsbewegung hat auf dieser sozialistischen Überzeugung beruht. So ergab sich von selber Ende der zwanziger Jahre die Verbindung zu Henri de Man und seiner «Sozialistischen Idee». Im Kampf gegen die Ideologie des Nationalsozialismus entstand in Belgien 1933, in der Schweiz 1934 der «Plan der Arbeit». Die SPS unter Führung des Parteipräsidenten Ernst Reinhard interessierte sich für die Planbewegung. Der Parteitag 1935 revidierte deswegen nicht nur das überholte Programm des Jahres 1920. Er beschloß in Ergänzung dazu den «Plan der Arbeit» als Mittel zur Eroberung der politischen Macht. Neben Ernst Reinhard, der das neue Programm zu vertreten hatte, sprach ich als Referent über den «Plan der Arbeit» am Luzerner Parteitag. Im Widerspruch zu bestimmten Grundsätzen des neuen Luzerner Parteiprogramms verteidigte ich dabei die treibende Idee des «Plans», daß der Sozialismus nichts sei, auf den man warten könne, daß er vielmehr auf lange Sicht geplant und in der praktischen Umwandlung der Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft von den Sozialisten gestaltet und geschaffen werden müsse.

Damit wird verständlich, weswegen ich als Referent für das neue Parteiprogramm am vergangenen Winterthurer Parteitag aus der Geschichte der Partei und ihrer Programmrevisionen den Versuch unternahm, gewisse Lehren zu ziehen. Da die Zeit dafür zu knapp war, konnte nicht soweit rückwärts geschaut werden, wie ich es gerne getan hätte, obwohl es wichtig und interessant gewesen wäre, zum Beispiel das Jahr 1904 und das Programm Otto Lang oder das Jahr 1888 und das Programm Steck den Delegierten am Winterthurer Parteitag, den Jungen darunter im besonderen, in Erinnerung zu rufen. Diese Arbeit muß einmal geleistet werden. Sie wird vor allem auch dazu dienen, gewisse Legenden in der Geschichte der SPS zu zerstören. Mein Referat am Parteitag in Winterthur hatte unter anderem auch diesen Zweck. Es sollte vor allem aber den «Strenggläubigen» in den eigenen Reihen zeigen, daß sie im Glauben an das Wort mindestens so konservativ im Denken verhaftet seien wie ein «strenggläubiger Katholik». Wer so am Buchstaben und am Wort hängt, sei es des «Programms» oder der «Schrift», der ist der Freiheit im Denken entweder nicht gewachsen oder dann fürchtet er die daraus

sich ergebenden Konsequenzen. Der «im Geiste Schwache» braucht das Dogma als Stab auf dem Weg zum gesetzten Ziel. Wer den *freiheitlichen Sozialismus will*, der kann kein Dogmatiker sein. Das beweist auch die Geschichte der Revision unserer Parteiprogramme. Sie zeigt, daß jedes Programm ein Produkt der gegebenen gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation ist, in der es entsteht. Zum Beweis dafür sollen die Programme der SPS der Jahre 1920 und 1935 verglichen und in ihre Zeit gestellt werden.

Wir wollen dabei die «Methoden des historischen Materialismus», als nicht bestrittene Auffassungen des Marxismus, anwenden. Sie sind in den ökonomischen Wissenschaften, aber auch in der Praxis der Politik längst allgemein anerkannt worden.

Wir zitieren aus der «*Kritik der politischen Ökonomie*» von Marx einige Stellen aus dem berühmt gewordenen, aber auch umstrittenen Vorwort:

«Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.»

«Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt werden und ihn ausfechten.»

«Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.»

Daraus ergibt sich, daß auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung auch das Bewußtsein das gesellschaftliche Sein beeinflussen und schließlich bestimmen kann. Deswegen führt die Sozialdemokratie mit ihrem Programm den Kampf zur Eroberung der politischen Macht.

Aus welcher historischen Situation ist das Programm 1920 der SPS entstanden?

Der entscheidende Parteitag fand vom 10. bis 12. Dezember 1920 in Bern statt.

Voraus ging der Parteitag 1919 in Basel, der den Beitritt zur 3. Internationale beschlossen hatte, welcher Beschuß in der Urabstimmung mit großer Mehrheit wieder aufgehoben wurde.

Am Berner Parteitag 1920 war deswegen die Parteispaltung unvermeid-

lich geworden: Nach der Ablehnung der 21 Bedingungen der 3. Internationale durch die Parteimehrheit zog die Minderheit aus und gründete anderswo in Bern die KPS.

In Zürich und Basel begann damit der Kampf um die Mehrheit in den kantonalen Parteien und um das «Volksrecht» beziehungsweise den «Vorwärts» und die damit verbundenen Druckereien. In Zürich siegte die SP, in Basel die KP.

In der Prinzipienerklärung des Programms 1920 ist wörtlich wiedergegeben, was im Jahre 1904 im Programm Lang beschlossen worden war. Aus den Erwägungen, auf die sich diese Grundsätze stützen, halten wir fest:

«So befindet sich ein großer Teil des Schweizervolkes in gedrückter Lage und größter Abhängigkeit. Während ehrliche Arbeit nicht mehr vor Not zu schützen vermag, häufen und vermehren sich die arbeitslosen Einkommen. Zehntausende, ruhelos umhergetrieben, haben keine Heimat mehr und keinen Herd. Der Kampf ums Dasein wird mit steigender Erbitterung geführt. Aber trotz verzweifeltem Widerstand versinken unter dem Einfluß der Teuerung und der Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Staats immer neue Schichten ins Proletariat, das damit zur weitaus zahlreichsten Volksmasse wird.»

«Mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden ist die Planlosigkeit und Anarchie der Produktion. Die besitzende Klasse hat die Herrschaft über die Produktionsmittel verloren, sie sind ihr über den Kopf gewachsen. Jeder einzelne Kapitalist steht unter dem von der Konkurrenz diktierten Zwangsgebot, stets auf die Verbilligung seines Produktes und die Erweiterung seines Absatzes bedacht zu sein und seinen Konkurrenten zu schlagen, um nicht von ihm geschlagen zu werden. Da aber diese fieberhafte wirtschaftliche Tätigkeit die Erzielung von Profit zum Zwecke hat, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf, so führt sie mit Notwendigkeit zur Überproduktion und zu periodischen Krisen, welche die ganze Wirtschaft erschüttern, am schwersten aber mit der furchtbaren Geißel der Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft schädigen.»

«Der bürgerliche Staat ist und bleibt auch in seiner demokratischen Form und trotz dieser ein Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat. Die innere und auswärtige Politik des Staates dient den Klasseninteressen der Bourgeoisie, der Ausübung, Erweiterung und Verteidigung ihrer Herrschaft. Die Verwaltung befindet sich fast ausschließlich in ihren Händen, das Heer wird zur Unterdrückung des Proletariats gebraucht.»

«Wie der heutige schweizerische Staat im Innern das Werkzeug der ihn beherrschenden kapitalistischen Klasse ist, so ist er in seinen auswärtigen Beziehungen Anhängsel und Werkzeug der imperialistischen Großmächte. Wo das bürgerliche Klasseninteresse durch den der Arbeiterschaft aufgezwungenen revolutionären Kampf bedroht erscheint, liefert sich der kapitalistische Kleinstaat den Großmächten freiwillig aus und verbündet sich mit

der internationalen Bourgeoisie gegen die eigenen Angehörigen, deren Schutz sein angeblicher Zweck ist. Im übrigen aber bleiben seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität nur soweit gewahrt, als sie mit den Interessen der Großmächte vereinbar sind.»

«Zur Durchführung all dieser Ziele und um den Widerstand der ihrer Macht verlustig gegangenen Klasse der Kapitalisten zu brechen, wird die politische Macht der Arbeiterklasse in Form der proletarischen Diktatur ausgeübt. Die Diktatur, das heißt die Anwendung aller staatlichen Gewaltmittel durch das zur herrschenden Klasse gewordene Proletariat, um die Widerstände niederzuzwingen, die die Bourgeoisie der Verwirklichung des Sozialismus entgegengesetzt, ist eine Übergangsphase im Entwicklungsgange vom kapitalistischen Klassenstaat zum sozialistischen Gemeinwesen. Es hängt von den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen des einzelnen Landes ab, welche Formen die Diktatur annehmen wird. Sollte das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern, so wäre im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen. Wird jedoch in der Periode der entscheidenden Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassen-gegensätze gesprengt, so muß die Diktatur die Form einer Diktatur proletarischer Klassenorganisationen annehmen.»

Aus dem Protokoll der Verhandlungen des Berner Parteitages vom 10. bis 12. Dezember 1920 seien einige Voten und Erklärungen wiedergegeben, die den Geist der Diskussion, die den Kongreß der Partei beherrschte, illustrieren sollen:

Grimm: «Wollen wir eine Partei bleiben – oder sinken wir herab zu einer bloßen Richtung – zur bloßen Sekte?»

Brunner, SMUV-Sekretär, Genève: «Nous avons deux programmes biens précis: le programme communiste révolutionnaire d'un côté et le programme petit bourgeois et réformiste de l'autre côté.»

Schneider, Basel: «Darin unterscheiden wir uns von denen – die nicht davon überzeugt sind, daß wir in der Weltrevolution drin stehen.»

Bevor der Parteitag auf die Verhandlungen über das neue Programm der SPS eintreten konnte, gab die sogenannte «Parteilinke» eine Erklärung ab, wonach sie sich aus dem Saal entfernte, um zur Gründung der KPS zu schreiten.

Die Erklärung der Parteilinken: «... die Parteilinke muß es daher ablehnen, diesen Verrat dadurch verschleiern zu helfen, daß sie an der Beratung eines Parteiprogramms teilnimmt, das mit dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats den Massen vortäuschen soll, daß die SPS trotz der Ab- lehnung des Beitritts zur 3. Internationale eine revolutionäre Partei sei ...»

Der Abschnitt über die «Diktatur des Proletariats» wurde vom Referenten Nobs am Parteitag «authentisch» interpretiert, so daß auch ganz rechts

stehende Genossen, wie zum Beispiel Gustav Müller, Bern, zustimmen konnten, während andere, wie zum Beispiel Marbach, Bern, diese Interpretation unter Hinweis auf die Geschichte des Terrors in der Französischen Revolution glaubten ablehnen zu müssen.

Das Programm 1920 war zeitgeboren und zeitbedingt. Es sollte durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg bald nur noch historischen Wert besitzen.

Die «Kleine Wirtschaftskrise» der Jahre 1920 bis 1923 wurde in der Schweiz rasch überwunden, nachdem in Deutschland, mit der Stabilisierung der DM, erstmals «das deutsche Wirtschaftswunder» in Erscheinung trat. Es dauerte allerdings nicht sehr lange. Der schwarze Freitag vom Oktober 1929 löste die große Weltwirtschaftskrise aus, die bis 1936 dauerte und überall, auch in der Schweiz, die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen zu erschüttern drohte.

In Italien herrschte seit 1925, seit der Ermordung Matteo Matteottis, unbeschränkt der Faschismus unter Mussolini. In Deutschland übernahm Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, im Jahre 1933, als Folge der Massenarbeitslosigkeit, im Dritten Reich die Macht. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz begann angesichts der Gefahren, die Faschismus und Nationalsozialismus auch für unser Land bedeuteten, auf ihre programmatischen Grundsätze sich zu besinnen.

Wegen der Frage der Landesverteidigung und der im Bund herrschenden Deflation auf dem Gebiete der Wirtschafts- und der Finanzpolitik wurde damit die Revision des Parteiprogramms 1920 aktuell.

Das Programm der SPS 1935

besteht aus zwei Teilen: dem Prinzipienprogramm und dem «Plan der Arbeit». Das Prinzipienprogramm hält geistig an den philosophischen Dogmen des sogenannten «Marxismus» fest:

«Die sozialistische Gesellschaft wird aus dem Prozeß der geschichtlichen Entwicklung als notwendige Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche und als Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse hervorgehen.»

«Drängen die objektiven Verhältnisse zwangsläufig zu einer gesellschaftlichen Umgestaltung, so sind für ihre Durchführung die Willensbildung und die Kampfentschlossenheit gegen die ihr entgegenwirkenden Kräfte Bedingung.»

«Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft kann darum nicht das fatalistische Produkt einer mechanisch sich vollziehenden Entwicklung sein. Sie erheischt vielmehr die ganze Hingabe und Opferfreudigkeit des sozialistisch denkenden Menschen für die Ziele des Sozialismus.»

Der Widerspruch ist evident:

Wenn die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus treibt, dann

müssen nur die Hemmnisse, die dieser Entwicklung im Wege stehen, beseitigt werden.

Oder dann gilt, daß der *politische Wille* den Weg zum Sozialismus bahnt.

Ich zitiere nur wenige Sätze aus dem 1935er Programm, um darzutun, wie zeitgebunden auch dessen Denkmethoden waren.

«Diese Reformen konnten dem Kapitalismus Abgerungen werden, weil er selbst durch die Steigerung der Produktivität und die fortwährende Ausweitung seiner Märkte sich neue Absatzmöglichkeiten sicherte und in einer Periode des gewaltigen Aufstieges begriffen war.

Der Erste Weltkrieg hat diese Periode des kapitalistischen Aufstieges jäh abgeschlossen. Er war Ausdruck des sich verschärfenden Mißverhältnisses zwischen der plan- und zügellosen Erweiterung des Produktionsapparates und der Verengung der Märkte. Die gewaltsame Auseinandersetzung im Ersten Weltkrieg, die Millionen Menschen vernichtete oder zu Krüppeln schlug, vermochte das Problem nicht zu lösen. Eine wirtschaftliche Dauerkrise, von leichten Schwankungen begleitet, alle Länder des Erdballs und alle Wirtschaftszweige umfassend, war die Folge.»

«Die Proletarisierung, die Verwandlung selbständiger Existenz in unselfständig Erwerbende hat sich unaufhörlich weiterentwickelt. Drei Viertel der schweizerischen Bevölkerung sind auf den Lohnerwerb angewiesen.

Aber die kapitalistische Wirtschaft schuf nicht nur den Proletarier. Sie ermöglicht ihm als Proletarier auch keine sichere Existenz. Sie schließt die Tore ihrer Fabriken und Arbeitsstätten, wirft den Arbeiter auf die Straße und überläßt den Stellensuchenden der öffentlichen Fürsorge.

Die Arbeitslosigkeit ist zu einer ständigen Massenerscheinung geworden. Sie drückt auf die Löhne der noch Arbeitenden, schwächt die Kaufkraft des Volkes und schmälert die Lebenshaltung der werktätigen Massen aller Kategorien.

Die kapitalistische Wirtschaft hat die Grundlagen des Familienlebens zerstört. Sie zwingt Frauen und Kinder zur Lohnsklaverei, sprengt die Familienbande und macht es der Jugend immer schwerer, einen eigenen Hausstand zu gründen.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den Kopfarbeiter, den Techniker und den Wissenschaftler auf die Stufe des Proletariers gestellt. Sein Los ist kein anderes als das des Handwerkers. Wie dieser, wird er von Lohndruck und Arbeitslosigkeit nicht verschont. Nur unter immer größeren Schwierigkeiten findet er Gelegenheit zur Verwertung seiner Kenntnisse und Fähigkeiten.

Die kapitalistische Wirtschaft hat aus dem Bauern einen Hörigen der Hypothekargläubiger und Banken gemacht. Sie verwehrt ihm ein ausreichendes Arbeitseinkommen und zwingt ihn in drückende Schuld- und Zinsknechtschaft.

Die kapitalistische Wirtschaft hat durch ihre fabrikmäßige Großproduktion

tion, durch Konzentration, Rationalisierung und Technisierung den Klein-gewerbetreibenden der Konkurrenzfähigkeit beraubt und die Grundlagen seiner Existenz untergraben.»

«Weil die Verfügungsgewalt über das Finanzkapital und die Produktionsmittel, statt bei der Volksgemeinschaft bei der profitsüchtigen kapitalistischen Klasse liegen, kann die Dauerkrise nicht überwunden werden. Der Kapitalismus schafft durch seine inneren Widersprüche immer neue Voraussetzungen für die Verschärfung der Wirtschaftskrise.»

Die Stellung der SPS zur Landesverteidigung

war 1924 in einem Arbeitsprogramm festgelegt worden:

«Grundsätzlicher Kampf gegen Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus. Planmäßige Aufklärung des Volkes über Wesen, Zweck und Folgen des Militarismus. Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen oder die Gefahren kriegerischer Verwicklungen heraufbeschwören können. Organisierung des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter gegen die Beteiligung des Landes an jedem Kriege. Erleichterung der finanziellen Folgen, von denen Parteigenossen betroffen werden können, die bei ihrer Verwendung als Soldaten gegen die Interessen der Arbeiterklasse den Gehorsam verweigern. Unterstützung der Bestrebungen für die Einführung der Zivildienstpflicht, sofern der Zivildienst nicht militärischen Interessen dient.»

Diese Stellungnahme der Partei zur Landesverteidigung mußte 1934 angesichts der außenpolitischen Lage korrigiert werden. Es fiel ihr nicht leicht. Sie hat deswegen anfänglich nur «mit Vorbehalten» den Weg zurück gefunden. Darum heißt es im Programm 1935 noch:

«Zur Abwehr drohender Gefahren faschistischer Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für die staatliche Selbständigkeit bildet, anerkennt die Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der nach den geschichtlichen Bedingungen und den politischen Verhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörperung findet und, um seine Aufgabe erfolgreich zu erfüllen, von dem Willen einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein muß. Für eine solche Wehr ist die Sozialdemokratische Partei zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel bereit.»

Die Partei mußte schon zwei Jahre später an ihrem Parteitag 1937, und zwar diesmal «ohne Vorbehalt», zur Frage der Landesverteidigung neu Stellung nehmen, wenn sie der vom Gewerkschaftsbund, der Angestelltenschaft, den Jungbauern und anderen Organisationen gegründeten

«Richtlinienbewegung»

beitreten wollte. In deren Programm heißt es unter anderem:

«Aus diesen Überlegungen wurden von einem Arbeitsausschuß, bestehend

aus Vertretern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Schweizerischen Bauernheimatbewegung, der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter und weiterer Organisationen, nachstehende Richtlinien aufgestellt für die künftige Gestaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unseres Landes.

Folgende Grundsätze müssen die unverrückbare Grundlage bilden für eine Neuorientierung der Politik, zu der sich alle Verbände, Parteien und Gruppen, die im Rahmen dieses Programmes mitarbeiten wollen, bekennen müssen:

1. *Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie*; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidebakratischen Organisation oder Bewegung.

2. *Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung*.

3. Achtung der religiösen Überzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.

4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.»

Was 1935 der Partei besonders große Sorge machte, war, Mittel und Wege zu finden, die den Bund zwangen, die Wirtschaftskrise nicht länger durch Deflationspolitik zu beseitigen zu suchen, sondern durch aktive Konjunkturpolitik den wirtschaftlichen Ablauf im Sinne der Vollbeschäftigung zu beeinflussen.

Es wurde 1935 deswegen die Kriseninitiative gestartet und durchgekämpft. Sie unterlag zwar in der Volksabstimmung knapp, hatte aber entscheidenden Einfluß auf die nachfolgende Wirtschaftspolitik des Bundes.

Das Eis war gebrochen: Der wirtschaftliche Wiederaufstieg begann. Er war allerdings nicht zuletzt bedingt durch die militärische Rüstung.

Der «Plan der Arbeit», der noch stark etatistisch-zentralistisch orientiert war, wurde 1943 am Parteitag in Winterthur als

«*Neue Schweiz*»

besser formuliert. Genossenschaftliches, föderatives Denken lag dieser, das Nachkriegsprogramm der SPS vertretenden Politik zugrunde.

«*Die Neue Schweiz*» sollte der SPS in der Nachkriegszeit die politische Macht erobern helfen. Wir waren damals der Meinung, es würden analog der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg Krisenerscheinungen Wirtschaft und Staat in große Schwierigkeiten bringen.

Die «Neue Schweiz» war dafür vorgesehen und schien geeignet, der SPS als politische Plattform in der Nachkriegszeit zu dienen. Wir ließen dabei außer acht, daß:

die kapitalistische Gesellschaft, im besonderen in den USA, wesentlich unter dem Einfluß des «New Deal» sich geändert hatte. Das Erbe Roosevelts ließ sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr verleugnen;

die UdSSR in der Weltpolitik, auch in der Weltwirtschaftspolitik, nach dem Zweiten Weltkrieg als Weltmacht neben den USA eine entscheidende Rolle zu spielen begann.

So kam es in Europa zur Hilfe der USA durch den Marshall-Plan. So kam es zur OECE, zur «Europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit» von 19 Staaten und damit zum europäischen Wiederaufbau; so zur «Europäischen Zahlungsunion», so zu den Bestrebungen des «Europäischen politischen Zusammenschlusses».

Eine wirtschaftliche Hochkonjunktur sondergleichen beeinflußte auch die Schweiz. Statt der Wirtschaftskrise setzte Vollbeschäftigung in solcher Weise ein, daß ausländische Arbeitskräfte in nie vorauszusehender Zahl geworben werden mußten.

Allerdings: ohne ständige staatliche Mithilfe in der Wirtschaft wäre solches nicht möglich gewesen. In der OECE und der EZU mußte der Bund sich maßgebend engagieren. Die «*freie Wirtschaft*» ist nur noch eine Fiktion, die den herrschenden Parteien im Bund dazu dient, politisch Geschäfte zu machen.

Es gibt anderswo wohl keine derart gebundene, in Kartellen, Trusts, Lohn- und Preisabreden organisierte Wirtschaft, wie sie in der Schweiz besteht.

Das Prinzipienprogramm der SPS des Jahres 1935, geboren in der Zeit der großen Wirtschaftskrise, der Vorherrschaft des Faschismus und Nationalsozialismus auf dem europäischen Kontinent, ist 1959, nicht nur durch die Ereignisse seit 1939: Zweiter Weltkrieg und wirtschaftliche Hochkonjunktur in der Nachkriegszeit, überholt, es ist in wesentlichen Erwägungen wahrheitswidrig und wirklichkeitsfremd geworden. Was 1935 wahr schien, ist 1959 objektiv nicht mehr gültig. Das Programm 1935 mußte also konsequenterweise, entsprechend der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage, ersetzt werden.

Auch der «*Plan der Arbeit*», wie das Programm 1935 zeitgebunden, ist, auch in der Form der «*Neuen Schweiz*», nicht mehr zeitgemäß. Was 1943, mitten im Weltkrieg, noch politisch realisierbar und deswegen als Nachkriegsprogramm der SPS vertretbar schien, ist seither durch die Verhältnisse überholt worden. Der «*New Deal*» der Regierung Roosevelt in den USA, in Form des Marshall-Planes auf die Weltwirtschaft und Weltpolitik der Nach-

kriegszeit übertragen, hat in Europa durch *Initialzündung* über die OECE und die EZU zur Vollbeschäftigung in den wichtigsten europäischen Ländern geführt. Die Gefahr der Eroberung der politischen Macht durch den russischen Kommunismus in Westeuropa wurde damit gebannt.

Die UdSSR griff deswegen 1948 um so rücksichtsloser in den europäischen Oststaaten durch.

Auch die Schweiz hat von ihrer Mitgliedschaft in der OECE und der EZU wirtschaftlich profitiert. Die von uns erwartete Wirtschaftskrise – in Parallele zu den Nachkriegsjahren 1919–1923 – blieb aus. Vollbeschäftigung war der Motor für die Hochkonjunktur. Damit gleichzeitig das Bleigewicht an den Schwingen einer fortschrittlichen Politik, nicht nur bei uns in der Schweiz.

Ein neues Programm der Sozialdemokratie wurde darum notwendiger denn je.

Dieselben Probleme wie für die SPS stellen sich für die Sozialdemokraten anderer Länder. Ein knapper Überblick mag das beweisen.

Die SP Österreich

hat am 14. Mai 1958 an einem außerordentlichen Parteitag in Wien ein neues Programm beschließen lassen. Der Beschuß wurde einstimmig gefaßt. Dem Programm ist ein kurzer Text vorausgestellt, der dem Referat entnommen wurde, das der Parteivorsitzende, Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann, auf dem außerordentlichen Parteitag gehalten hat. Ich zitiere aus der Rede Pittermanns die Sätze, die auch uns in der Schweiz interessieren:

«Ich hebe mit aller Deutlichkeit hervor, daß das neue Programm mit einer Aufzählung der Pflichten beginnt, an die sich die Forderungen anschließen.

Wir haben dieses Programm als einen Wegweiser zu menschlichem Glück und Wohlstand verfaßt.

Die Sicherheit aller Grenzen in einer weltweiten Friedensordnung muß ergänzt werden durch die soziale Sicherheit der Arbeitenden in ihrer engeren staatlichen Gemeinschaft. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die soziale Sicherheit bei Arbeitsunfähigkeit und Alter, die Sicherheit des eigenen Heimes sind die ökonomischen Voraussetzungen für die Gleichberechtigung der Arbeitenden in der modernen Gesellschaft.

Die Demokratie des Wohlfahrtsstaates muß andere Formen der politischen Willensbildung finden, als sie die liberale Demokratie des einstigen ‚Nachtwächterstaates‘ kannte.

Das unzweideutige Bekenntnis der österreichischen Sozialisten zur Demokratie enthält zugleich ein Bekenntnis zur evolutionären Entwicklung. Im Bekenntnis zur Demokratie liegt die Anerkennung des Nebeneinanders eines

gemeinwirtschaftlichen und eines privatwirtschaftlichen Sektors in der Wirtschaft.

Die sozialistische Wirtschaft setzt keinesfalls eine grundsätzliche oder gar totale Enteignung voraus.

Das Recht auf Enteignung zugunsten des Gemeinwohls ist keine Erfindung des Sozialismus.

In einer demokratischen Gesellschaft werden die Menschen frei entscheiden und jener Wirtschaftsform den Vorrang geben, die die Hebung des Lebensstandards und die Gewährleistung der vollen sozialen Sicherheit am besten verbürgt.

Den großen Wirtschaftskörpern der Gemeinwirtschaft wie der Privatwirtschaft droht die Überwältigung durch eine Bürokratie der Manager.

Der Gemeinwirtschaft kommt die besondere Verpflichtung zu, die heutigen Formen der demokratischen Kontrolle auszubauen oder neue wirksame zu finden, durch die die Macht von Monopolen verhindert werden kann.

Es muß uns allen zum Bewußtsein kommen, daß die Wirtschaft den gesteigerten Anforderungen, die der ausgebaute Wohlfahrtsstaat an sie stellt, nur dann gerecht werden kann, wenn ihre Energie ständig gesteigert wird.

Die Unterbewertung der geistigen Arbeit muß ebenso verschwinden wie ihre Geringschätzung.

Gerechtigkeit wird von den Sozialisten für die heute noch unterschiedliche Bewertung der Arbeit von Mann und Frau gefordert.

Das vorliegende Programm unternimmt den Versuch, tief eingewurzelte Mißverständnisse zwischen Sozialismus und Religionsgemeinschaften, insbesondere der römisch-katholischen Kirche, zu beseitigen.

Die Sozialistische Partei Österreichs nimmt das Bekenntnis zur weltanschaulichen Neutralität ernst und aufrichtig.

Die österreichischen Sozialisten wollen ihre Mitglieder und Anhänger zur Erkenntnis bringen, daß die auf Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit beruhende Gesellschaftsordnung der Sozialisten dem einzelnen nicht nur Rechte gibt, sondern auch Pflichten auferlegt.»

Die SPD

hat an ihrem Parteitag vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart den *Entwurf zu einem Grundsatzprogramm* diskutiert und dazu beschlossen, daß der Entwurf spätestens 1960 von der Partei zu verabschieden sei, eventuell durch einen außerordentlichen Parteitag, der im Jahre 1959 abzuhalten wäre. (Der Parteitag ist inzwischen auf den kommenden November nach Godesberg angesetzt worden.) Das Referat zum Grundsatzprogramm hielt das Mitglied des Parteivorstandes, *Willi Eichler*.

Sein grundlegendes, historisch fundiertes, politisch, wirtschaftlich und

kulturell von den Gegebenheiten der deutschen Sozialdemokratie in der Deutschen Bundesrepublik ausgehendes Referat bietet eine Analyse der gesellschaftlichen Situation der Gegenwart und zieht die Konsequenzen, die für den demokratischen Sozialismus daraus sich ergeben.

Auch aus seiner Rede erlaube ich mir einige Sätze von grundsätzlicher Bedeutung zur Kenntnis zu bringen:

«Im Zentrum aller sozialistischen Bestrebungen stehen der Mensch und seine Anliegen.»

Deswegen heißt es auch im Grundsatzprogramm der SPD: «Die für alle Menschen gleiche Würde verlangt Freiheit der Selbstbestimmung. Freiheit muß also für alle gelten. Aus der Freiheit wird bloße Willkür, wenn sie das Recht des andern auf seine Freiheit verletzt. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Ohne Gerechtigkeit wird aus der Freiheit Willkür, ohne Freiheit für alle ist Gerechtigkeit nicht möglich. Die personale Würde der Menschen liegt im Anspruch auf ihre Freiheit und in der Anerkennung des Rechtes ihrer Mitmenschen auf deren Freiheit, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der gemeinsamen Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Der Menschenwürde Raum für ihre Entfaltung zu geben, ist das oberste Ziel aller sozialistischen Politik.»

Aus den historischen Erfahrungen der Französischen Revolution, der russischen Oktober-Revolution und der Weimarer Republik zieht Willi Eichler die Lehren, die sich für den demokratischen Sozialismus – heute – ergeben:

«Was zeigen also die Französische Revolution, die russische Oktober-Revolution und die Weimarer Republik? Die Freiheit des klassischen Liberalismus liefert den wirtschaftlich Schwachen auch politisch und kulturell an die Machthaber aus. Ein kommunistischer Staat ist niemals ein freiheitlicher Staat, weil er nicht demokratisch kontrolliert werden kann. Und selbst ein demokratisch organisierter Staat muß ständig auf der Hut sein vor jenen Kräften, die die demokratischen Spielregeln ausnutzen, um ihre eigene Macht zu festigen, und die bereit sind, den Staat als Beute zu betrachten und die demokratischen Formen zu zerbrechen, wenn anders ihre Macht nicht aufrechterhalten werden kann.»

Und schließlich stellt Willi Eichler fest:

«Die Ideen und Werte des Sozialismus beziehen sich auf das Leben der Menschen in den Ordnungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der demokratische Sozialismus stellt keine eigene Weltanschauung dar.»

Mit anderen Worten: *Der Sozialismus ist an keine Ideologie gebunden.*

*

Es wäre interessant, auch die Bemühungen der anderen Sozialistischen Parteien in Europa um eine neue *Programmatik des demokratischen Sozialismus* zur Kenntnis zu nehmen.

Ich verweise auf den Parteitag der
Partito Sozialista democratico Italiano,
der am 2. März 1958 in Mailand stattfand und an dem Genosse *Giuseppe Saragat* die Programmrede hielt.

Auch in der
englischen Labourpartei

wird seit Jahren um ein grundsätzlich neues Programm gerungen. Der verstorbenen Genosse *G. D. H. Cole*, Vorsitzender der «Fabian Society» und Professor der Nationalökonomie an der Londoner Universität, hat mit Nachdruck 1955, nach der Wahlniederlage der Labour Party, auf die Notwendigkeit der Revision des Parteiprogramms hingewiesen. Im «New Statesman» hat er dazu seine Auffassung einläßlich begründet:

«Der Marxismus nahm während der Zeit der großen Wirtschaftskrise, aus der es keinen Ausweg zu geben schien, einen Aufschwung; in den kapitalistischen Ländern waren jedoch viel einflußreicher die Lehren von Keynes und die New-Deal-Theorien, die zeigten, wie die Krise mit kapitalistischen Methoden behandelt werden kann; die Schlußfolgerung hätte nahegelegen, daß der Kapitalismus keineswegs am Ende seines Lateins ist ... daß es in seinem Rahmen noch viel Raum gibt sowohl für die weitere Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse als auch in bezug auf die Möglichkeiten des einzelnen, aus dem Proletariat aufzusteigen und zur Vielfalt der Klassenstruktur beizutragen, statt im Proletariat aufzugehen.

Es war dabei vernünftig, mehr ‚Wohlfahrt‘ zu erwarten, es war jedoch ganz unvernünftig, zu erwarten, daß erhöhte Wohlfahrt das Nahen einer sozialistischen Gesellschaft bedeuten würde. Es war unvernünftig, dies zu erwarten, weil die Sozialisten den Wählern weniger attraktive Aussichten bieten konnten als die Befürworter eines fortschrittlichen Kapitalismus.

Wenn also auf diese Weise die Sozialisten und die Arbeiterparteien auch weiterhin den überwiegenden Teil an ausgesprochenen proletarischen Stimmen erhielten, so hatten ihre kapitalistischen Gegner alle Aussicht, die Mehrzahl der Stimmen der Randschichten für sich zu gewinnen.»

Diese Charakterisierung der Politik des Sozialismus und der kapitalistischen Parteien durch *Cole* gilt fast wörtlich für die Verhältnisse in der Schweiz. Die Politik des «Sozialen Kapitals des Landesrings der Unabhängigen» ist das «Zaubermittel» der Rattenfänger der Migros, um die Randschichten vom Sozialismus abspenstig zu machen. Darum Warnung an alle diejenigen, die glauben, mit dem Landesring irgendwie und irgendwo und irgendwann gemeinsame Politik machen zu können.

Die Labour Party hat sich, ihrer traditionellen Praxis gemäß, seit ihrer Wahlniederlage im Jahre 1955 kein neues Grundsatzprogramm gegeben, der Aufforderung Coles zum Trotz. Sie hat aber seither zu den aktuellen Fragen

und Problemen der englischen Innen- und Außenpolitik im Einzelfall durch Parteitagsbeschlüsse Stellung bezogen.

So am Parteitag 1958 in Scarborough *zur Erziehungspolitik* und vorangehend 1957 am damaligen Parteitag *zur Nationalisierung der Stahlindustrie*. Die Labour Party veröffentlicht ihre jeweilige Stellungnahme in kleinen Traktaten, die sie in Massenauflagen im Volk verbreitet.

Die autonome Sozialistische Partei in Frankreich,

an deren Spitze Marceau Pivert, Daniel Mayer, Edouard Depreux, Robert Verdier, Kurt Rosenfeld, André Philip und andere mehr stehen, hat an ihrem Kongreß vom 1. bis 3. Mai 1959 in Montrouge (Seine) ein Manifest beschlossen, das als Grundsatzprogramm an die Lehren und an das Gedankengut von Jean Jaurès, Jules Guesde und Léon Blum anschließt.

Daß glücklicherweise – so darf wohl gesagt werden – mit der

Prinzipienerklärung der Sozialistischen Internationale,

die am 3. Juni 1951 in Frankfurt am Main beschlossen worden ist und die unser Parteitag 1951 in Zürich diskussionslos gutgeheißen hat, die

Basis einer sozialistischen Programmatik

gelegt wurde, sei zum Abschluß dieser leider viel zu summarischen Darstellung der Programmrevision der sozialdemokratischen Parteien in Europa festgestellt.

Eine Stellungnahme ist dadurch für jedermann, der demokratischer Sozialist ist, und zwar eindeutig, erfolgt:

Die Grenzziehung zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Kommunismus.

Da damit auch für die SPS die Stellung zu den Kommunisten festgelegt wurde, seien die entsprechenden Bestimmungen des Frankfurter Programms der Sozialistischen Internationale in Erinnerung gerufen:

«Während der Sozialismus die Welt durchdringt, bedrohen neue Kräfte die Entwicklung zur Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland hat der Kommunismus die internationale Arbeiterbewegung gespalten und dadurch die Verwirklichung des Sozialismus in vielen Ländern um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht.

Während die Sozialisten durch die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen trachten, bemühen sich die Kommunisten, die Klassenzerrissenheit der Gesell-

schaft zu verschärfen, aber nur, um die Diktatur einer einzelnen Partei zu errichten.

Der internationale Kommunismus ist das Instrument eines neuen Imperialismus. Wo immer er zur Macht gekommen ist, hat er die Freiheit ausgerottet oder die Möglichkeit, sie zu erringen, vernichtet. Er stützt sich auf eine militärische Bürokratie und eine terroristische Polizei. Er hat eine neue Klassengesellschaft mit aufreizenden Gegensätzen in Besitz und Vorrecht erzeugt. Zwangsarbeit ist ein wichtiger Faktor in seiner Wirtschaft.»

Eine Frage stellt sich noch nach dieser knappen Übersicht der *Versuche, eine neue Programmatik des Sozialismus* zu begründen:

Woher kommt es, daß alle europäischen Sozialisten mit Mühe nur sich neu orientieren können? Warum fällt es ihnen allen so schwer: *neu zu beginnen?*

Liegt es daran, daß der demokratische Sozialismus vieler Länder vom Marxismus her erblich belastet ist? Liegt es daran, daß er konservativ geworden ist? Oder liegt es nicht an der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation – die strukturell im vollen Umbruch sich befindet – wegen der zweiten industriellen Revolution, wegen der allgemeinen philosophischen und wissenschaftlichen Neuorientierung durch die Lehren *Einstiens*, wegen der Neuregelung der gegenwärtigen menschlichen Beziehungen auf rassischer, religiöser und kultureller Grundlage?

Eine Analyse der Gegenwart in wirtschaftlicher, sozialer, technischer und geistiger Hinsicht wäre notwendig, um *diese große Problematik* unserer Zeit zu klären.

«Der auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten Lebensordnung, die die Sozialisten erstreben, entspricht ihre sittliche Lebensauffassung. Ihrer Verwirklichung dient die sozialistische Bewegung als Gesinnungsgemeinschaft. Sie verlangt von ihren Anhängern, daß sie anstelle des rücksichtslosen Kampfes für die eigenen persönlichen Vorteile die Aufgabe der menschlichen Gemeinschaft darin sehen, wirtschaftlich schwächeren oder sozial bedrängten Mitmenschen ohne Unterschied des Geschlechts, der Nation oder Rasse, der Religion oder Klasse, die Gleichberechtigung und den Frieden in Freiheit erreichen zu helfen.»

(Aus dem Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreich)